Deutscher Bundestag **Drucksache 17/7338**

17. Wahlperiode 18. 10. 2011

Antrag

der Abgeordneten Michael Schlecht, Sahra Wagenknecht, Dr. Barbara Höll, Eva Bulling-Schröter, Harald Koch, Jutta Krellmann, Ralph Lenkert, Ulla Lötzer, Dorothee Menzner, Jens Petermann, Richard Pitterle, Kersten Steinke, Sabine Stüber, Dr. Kirsten Tackmann, Dr. Axel Troost, Johanna Voß, Sabine Zimmermann und der Fraktion DIE LINKE.

Aufbauprogramm gegen die Krise – Schutzschirm für Arbeitsplätze

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Wirtschafts- und Finanzkrise ist nicht überwunden. Die US-Wirtschaft schafft kaum neue Jobs. Die europäischen Kürzungsprogramme auf Kosten der Bevölkerungsmehrheit umfassen bis zum Jahr 2014 etwa 400 Mrd. Euro und begünstigen eine erneute Rezession. Die Kommission der Europäischen Union (EU) prognostiziert eine deutliche Abkühlung der europäischen Konjunktur gegen Jahresende und somit eine Verschärfung der Schuldenkrise. Die Schwellenländer bremsen ihre Wirtschaft wegen Überhitzungsgefahren.

Die Bundesregierungen haben seit Einführung des Euros eine Politik des Lohndumpings unterstützt und den Niedriglohnsektor erheblich ausgeweitet. Die Folge waren sinkende Löhne in Deutschland, der Export von Arbeitslosigkeit und massive Ungleichgewichte in Europa, die von anderen Euro-Staaten nicht mehr über Wechselkurse gekontert werden konnte. Die jetzige Bundesregierung hat diese Politik fortgesetzt, die Euro-Krise insgesamt massiv verschärft und einer Staatspleite Griechenlands Vorschub geleistet. Ein Zerfall der Euro-Zone würde über eine damit einhergehende Aufwertung deutsche Exporte erheblich verteuern und Millionen Arbeitsplätze gefährden. Die Ausrichtung auf Exportüberschüsse ist eine tickende Zeitbombe. Die starke Abhängigkeit der deutschen Wirtschaft vom Außenhandel ist zu reduzieren, die deutsche Binnennachfrage über höhere Löhne und öffentliche Investitionen sind zu stärken.

Vor dem Hintergrund dieser Gefahren ist ein konjunkturstützendes Aufbauprogramm notwendig. Der US-Finanzminister Timothy Geithner sowie die Direktorin des Internationalen Währungsfonds (IWF), Christine Lagarde, haben Recht, wenn sie die EU-Mitgliedstaaten und insbesondere Deutschland zur Stärkung der Binnenwirtschaft auffordern.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

a) als Sofortmaßnahme das Kurzarbeitergeld ab dem 1. Januar 2012 für mindestens 18 Monate zu verlängern,

b) einen gesetzlichen Mindestlohn einzuführen, der bis 2013 bei mindestens 10 Euro brutto pro Stunde liegen muss, das Arbeitslosengeld II sowie die Grundsicherung (Zwölftes Buch Sozialgesetzbuch) auf 500 Euro anzuheben und die Arbeitsmarktreformen der Agenda 2010 aufzuheben,

c) gemeinsam mit Ländern und Kommunen ein Aufbau- bzw. Zukunftsinvestitionsprogramm mit dem Schwerpunkt auf öffentliche Investitionen in Bildung, Gesundheit, Energiewende, Barrierefreiheit und sozial-ökologische Modernisierung der Industrie aufzulegen,

d) zur Finanzierung der öffentlichen Haushalte die Verursacher und Profiteure der Krise in die Verantwortung zu nehmen, insbesondere durch die Erhebung einer Millionärssteuer von 5 Prozent auf Privatvermögen über 1 Mio. Euro.

Berlin, den 18. Oktober 2011

Dr. Gregor Gysi und Fraktion

Begründung

Die Weltwirtschaft wurde 2008 durch Konjunkturprogramme erfolgreich gestützt. Die Staatsverschuldung in den entwickelten Volkswirtschaften ist seither wegen der außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte, der unzureichenden Besteuerung von Gewinnen und Vermögen sowie der Bankenrettung dramatisch gestiegen. Die Finanzmärkte wurden nicht durchgreifend reguliert.

Die deutsche Binnennachfrage bleibt wegen der Zunahme prekärer Beschäftigung und hoher Arbeitslosigkeit schwach. Eine Stärkung der Binnenwirtschaft erfordert eine Ausweitung der öffentlichen Investitionen und ein Ende des Lohndumpings. Dies wäre ein deutlicher Beitrag zur Verhinderung einer erneuten Rezession, der Belebung der deutschen Importe und somit der Verringerung der außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte in Europa. Die Bundesregierung schützt mit der vermeintlichen Euro-Rettung zwar die Finanzindustrie vor Verlusten. Sie tut aber nichts, um Wirtschaft und Arbeitsplätze vor einem erneuten Absturz zu schützen.

Die seriöse Finanzierung eines Aufbauprogramms erfordert jedoch die Abschöpfung des hohen privaten Reichtums einer Minderheit: Das Nettovermögen der privaten Haushalte in Deutschland beträgt derzeit etwa 8 Bio. Euro gegenüber 2 Bio. Euro Staatsverschuldung. Dieses Vermögen ist hoch konzentriert: Die reichsten 20 Prozent der Bevölkerung verfügen etwa über 80 Prozent des Vermögens. Zwei Drittel der Bevölkerung verfügen über kein oder sehr geringes Vermögen. Die Besteuerung hoher Vermögen, Gewinne und Einkommen ist erforderlich. Allein die Einführung einer Millionärssteuer brächte 80 Mrd. Euro jährlich an Steuereinnahmen.

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333